

Beschlüsse wahr machen – zivile Hochschule jetzt!

Der Studentische Rat möge beschließen:

Die Zivilklausel-Formulierung, die ins Leitbild aufgenommen wurde, soll mit mehr Leben gefüllt werden.

Daher fordert der Studentische Rat

1. das Präsidium der Universität auf, darzulegen welche Maßnahmen und Handlungsfolgen aus diesem Beschluss ihres Erachtens entstehen und dies an stura@asta-hannover.de zu kommunizieren.
2. Die Einrichtung einer SB Stelle „Zivilklausel“, die gemeinsam mit AStA, SenatorInnen und innerhalb des bundesweiten Bündnisses mögliche Maßnahmen, sowie Beschlussvorlagen erarbeitet, diese koordiniert und an die Gremien, bzw. GremienvertreterInnen weiterträgt.
3. Der AStA soll während der O-Phase gezielt für dieses Anliegen werben



Nicht ohne uns!!!

Der Studentische Rat möge beschließen:

Findungskommissionen für die Leitungsfunktionen der Universität dürfen nicht ohne Studentische Beteiligung stattfinden!

In Zukunft – vor allem bei der anstehenden Findung der Nachfolge von Präsident Barke – muss in der Findungskommission mindestens eine Studentische Vertretung stimm-, rede- und antragsberechtigt sein.

Zudem sollen die Studierenden zu öffentlichen Anhörungen von Kandidierenden explizit eingeladen werden

Die Landespolitik fordern wir auf, diese geforderte Regelung im NHG zu verankern.

Immer auf die Kleinen?

Der Studentische Rat möge beschließen:

Die Aufstockung der Kapazitäten für Wohnheimplätze sind unumgänglich. Der Studentische Rat begrüßt daher ausdrücklich die geplanten Um- und Neubauten.

Die Debatte um die Finanzierung hingegen darf sich aber nicht gegen die Studierenden richten.

Schon vor 2 Jahren wurden die StuWerk Beiträge massiv erhöht, weil die schwarz/gelbe Landesregierung sich nicht an Versprechen hielt. Auch ohne die allgemeinen Studiengebühren sind die Kosten zur Immatrikulation in Hannover deutschlandweit einzigartig hoch. Diese noch weiter zu steigern ist inakzeptabel und trägt zu einer sozialen Spaltung bei. Dabei soll gerade das StuWerk diese kitten.

Wir fordern die StuWerk Gremien auf, auf keinen Fall eine Steigerung der Beiträge in Betracht zu ziehen und gemeinsam mit der Landesregierung eine Lösung zu erarbeiten wie der Ausbau alternativ finanziert werden soll.

Darüber hinaus bitten wir die Geschäftsführung um eine umfassende Stellungnahme wie sie zu dieser Thematik steht und welche Lösungen angedacht werden.